

macht in Sachsen im Vierten Koalitionskrieg massiv vorbelastet. Auch die Beziehung der Bayern zu preußischen und zu habsburgischen Soldaten und Offizieren war durch eine zeitweise bestehende militärische Gegnerschaft, im Fall Österreichs auch durch die traditionelle bayerische Furcht vor Wiener Annexionsbestrebungen, erheblich vorgeprägt. Während zwischen den Militärangehörigen der Königreiche Bayern und Westphalen insgesamt nur wenige direkte Kontakte nachweisbar sind, befanden sich bayerische und württembergische Truppen seit 1805 in einem steten Konkurrenzverhältnis. Hierbei spiegelte die Rivalität der militärischen Verbände politische Auseinandersetzungen, etwa diejenigen um den exakten Verlauf der bayerisch-württembergischen Grenze.

Unter der Überschrift „Ausblick“ fasst Lintner wesentliche Ergebnisse seiner Dissertation zusammen (S. 315–323). Das Kapitel macht die Stärken und Schwächen seines Buches *in nuce* sehr deutlich. Lintners Analysen zur militärischen Kooperation im napoleonischen Bündnissystem bzw. in der kaiserlich-französischen Armee auf der Grundlage einer akribischen Rekonstruktion der Kriegserfahrungen bayerischer Soldaten akzentuieren einen bisher wenig erforschten Aspekt der Militärgeschichte des napoleonischen Zeitalters. Sie stellen daher einen wichtigen Forschungsbeitrag dar. Positiv zu bewerten ist auch, dass Lintner seine Untersuchungen auf eine vergleichsweise breite Quellenbasis gestellt hat. Doch ist das gewonnene Bild nicht voll befriedigend. Der von Lintner gewählte erfahrungsgeschichtliche Ansatz lässt zentrale Fragen unbeantwortet: Vor allem ermöglicht er keine Einschätzung, welche Auswirkungen die ermittelten Kriegserfahrungen, etwa auch Konflikte unter den Angehörigen verschiedener Kontingente, auf die militärische Effektivität des napoleonischen Heeres hatten. Fruchtbare wäre es wohl gewesen, wenn Lintner die militärwissenschaftlichen und militärhistorischen Forschungen zu multinationalen bzw. multiethnischen Streitkräften zum Ausgangspunkt seiner Analysen gemacht hätte. Dieses Forschungsfeld spielt in der Dissertation unverständlicherweise keine Rolle. Schwachpunkte des Buches Lintners sind zudem erkennbare Unsicherheiten beim Gebrauch der militärischen Terminologie sowie eine bisweilen schwammige Diktion.

Die Publikation Lintners schließt an mehrere akademische Qualifikationsarbeiten an, die seit der Jahrtausendwende zur lange vernachlässigten Militärgeschichte Bayerns im frühen 19. Jahrhundert erschienen sind. Für die militärhistorische Forschung zum Königreich Württemberg, die viele Desiderate aufweist, enthält das Buch wertvolle Befunde und Anregungen.

Wolfgang Mährle

Sabine HOLTZ / Sylvia SCHRAUT (Hg.), 100 Jahre Frauenwahlrecht im deutschen Südwesten.

Eine Bilanz (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B Forschungen, Bd. 228). Stuttgart: Kohlhammer 2020. 343 S. ISBN 978-3-17-039338-7, Geb. € 28,-

Neben zahlreichen anderen Jubiläen, allen voran der Gründung der Weimarer Republik, wurde 2019 auch der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland vor 100 Jahren gedacht. Der vorliegende Band widmet sich diesem Jubiläum aus südwestdeutscher Sicht. Betrachtet wird das Frauenwahlrecht aus vier Perspektiven: erstens Start- und Standpunkte, zweitens Protagonistinnen der Frauenstimmrechtsbewegungen, drittens Frauenstimmrechtsbewegungen vor Ort und viertens kulturelle Repräsentationen, statistische Spurensuche und Bilanzen. Der Bogen wird geschlagen vom beginnenden 20. Jahrhundert bis in das Jubiläumsjahr 2019.

Der erste Teil des Bandes beschäftigt sich mit den Auswirkungen des neu eingeführten Frauenwahlrechts auf die politische, wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Frau und beleuchtet diese aus zeitgenössischem feministischem wie auch männlichem Blickwinkel. Dabei zeigt Sylvia Schraut auf, dass es in den vorherrschenden Geschlechter- und Familienentwürfen kaum regionale Unterschiede gab und die frühen Politikerinnen auf die althergebrachten Geschlechterrollen nur sehr geringen Einfluss ausüben konnten. Der Beitrag von Corinna Schneider setzt sich mit der Frauenstimmrechtsbewegung in Württemberg auseinander, die sich dank zugezogener Akteurinnen, die auf eine große Kooperationsbereitschaft zwischen den alleingesessenen Aktivistinnen aller politischen Lager trafen, besonders umtriebiger darstellte. Als zentrales Mittel des Kampfes um das Frauenwahlrecht in Württemberg arbeitet Schneider die Petitionen an den Landtag heraus. Mit der männlichen Abwehrhaltung gegenüber der Forderung nach einem Frauenwahlrecht beschäftigt sich Frank Engehausen, der weder zwischen der Argumentation der badischen und der württembergischen Politiker noch der Landes- wie der Reichspolitiker Unterschiede ausmachen kann. Vorherrschend seien die Geschlechterrollen gewesen, die aus dem Konzept der bürgerlichen Familie ableitbar sind. Christopher Dowe weist nach, dass sich sowohl die Sozialdemokraten als auch die Liberalen und das Zentrum um Frauen als Wahlkandidatinnen für die Wahlen 1919 bemühten. Gleichzeitig legt er jedoch dar, dass es dabei nicht um ein Bemühen um die Vertretung weiblicher Interessen in den Parlamenten ging, sondern es sich vielmehr um die Hoffnung handelte, Frauen würden ausgleichend auf die politische Kultur wirken und künftige Konflikte in weniger aggressive und gewalttätige Bahnen lenken.

Der zweite Teil des Bandes widmet sich den Biographien ausgewählter Vertreterinnen der Frauenstimmrechtsbewegung. Am Beispiel der badischen Lehrerin Febronie Rommel zeigt Sabine Liebig auf, wie das Engagement in der Lehrerinnenbewegung Frauen auf den Kampf um das Frauenstimmrecht vorbereitete und ihnen die Erfahrung und das Wissen, wie gesellschaftliche Teilhabe erfolgreich sein kann, an die Hand gab. Im Engagement der italienischen Frauenrechtlerin Paolina Schiff vereinigten sich feministische und (radikal-)demokratische Ideen mit ihrem jüdischen Familienhintergrund und ihrem transnationalen Lebensstil. Ruth Nattermann zeichnet ein Bild einer frühen Akteurin der italienischen Frauenrechtsbewegung, die mitverantwortlich für deren Organisation und transnationale Ausrichtung zeichnete. Mit Laura Schradin aus Reutlingen stellt Roland Deigendesch eine Vertreterin der sozialdemokratischen Frauenbewegung vor, die Fragen der politischen Teilhabe an die Verbesserung der sozialen Lage der Frau im Allgemeinen knüpfte. Damit gehörte sie zu den eher pragmatischen Akteurinnen der Frauenrechtsbewegung, die den Ruf nach politischer Teilhabe der Frau mit einer konkret spürbaren Veränderung im Leben der Frauen verbanden. Die Entwicklung der Frauenrechtsbewegung vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die Anfangsjahrzehnte der Bundesrepublik stellt Mirjam Höfner am Beispiel Dorothees von Velsen dar, in deren Persönlichkeit das Selbstverständnis einer emanzipierten Akademikerin mit dem Kampf um das Frauenwahlrecht einherging. Mit der Abgeordneten der Deutschen Demokratischen Partei in der badischen Nationalversammlung, Marianne Weber, stellt Sybille Oßwald-Bargende die erste Frau, die jemals in einem deutschen Parlament eine Rede gehalten hat und die sich bereits lange vor ihrer parlamentarischen Tätigkeit für Frauenrechte engagierte, vor.

Clara Zetkin ist wohl eine der bekanntesten Frauenrechtlerinnen Deutschlands. In ihrem Beitrag geht Mascha Riepl-Schmidt vor allem auf Zetkins Engagement für die Etablierung des Internationalen Frauentags, ihre Karriere in der SPD, der USPD und der KPD sowie auf

ihre Stuttgarter Zeit, in der auch ihr Werdegang als Parlamentarierin begann, ein. In all den Jahren ihrer politischen Tätigkeit habe Zetkin stets die politische Teilhabe der Frauen postuliert und alle Geschlechtsgenossinnen dazu aufgefordert, dafür einzustehen.

Ein dritter Perspektivwechsel bietet dem Leser Einblicke in die Frauenstimmrechtsbewegung vor Ort. Die Beteiligung von Frauen an der Revolution und den ersten Wahlkämpfen der jungen Demokratie in Freiburg behandelt Birgit Heidtkte in ihrem Beitrag. Daran partizipierte das gesamte Spektrum an Parteien wie auch an Vereinigungen der Frauenbewegung. Die liberale Atmosphäre in der Universitätsstadt führte offenbar dazu, dass schon damals in Freiburg eine im 21. Jahrhundert ganz aktuelle Forderung nach einer festgelegten prozentualen Beteiligung von Frauen im Parlament formuliert wurde. Leonie Richter untersucht am Beispiel der Stadt Karlsruhe die Veränderung, die die Einführung des Frauenwahlrechts in den Wahlkämpfen bewirkte und auf welche Weise selbst die zuvor kritischen Parteien nun begannen, um die Stimmen der Wählerinnen zu buhlen. Des Weiteren stellt sie die Entwicklungen bei der aktiven wie passiven politischen Beteiligung von Frauen im kommunalen Rahmen heraus.

Den Kampf um das Frauenwahlrecht in Mannheim greift Susanne Schlösser auf. Dabei analysiert sie die Akteurinnen, deren Art und Weise des Engagements und deren Argumentationen. Damit legt Schlösser eine Studie zu den Bemühungen um die Einführung des Frauenwahlrechts in Mannheim von 1906–1919 vor, in der sie nachweist, dass gerade Jüdinnen eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Emanzipation der Frauen spielten. Die Einflüsse der überregionalen Frauenrechtsbewegung auf eine schwäbische Mittelstadt, die dortigen Akteurinnen und deren auf das Lokale begrenzte Wirken stellt Edeltraud Aubele für die ehemalige Reichsstadt Ulm dar und bezieht die aus den Kriegsjahren resultierende soziale Not, die Einfluss auf das Engagement der Frauenbewegung hatte, mit in die Untersuchung ein. Dass den Frauen bei aktiver politischer Beteiligung die Aufgabenfelder Familien- und Sozialpolitik zugestanden wurden, zeigt das nach wie vor verfestigte Rollenbild, das in den politischen Raum übertragen wurde.

Unter der Überschrift *Kulturelle Repräsentationen, statistische Spurensuche und Bilanzen* steht der letzte Teil des Bandes, der der Erinnerung an den Kampf um das Frauenwahlrecht in Baden-Württemberg gewidmet ist. Mit der musealen Auseinandersetzung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg mit diesem Thema und den damit verbundenen Schwierigkeiten beschäftigt sich Franziska Dunkel in ihrem Beitrag. Die Kampagne „100 Jahre Frauenwahlrecht“, die im Jubiläumsjahr die Koordination von über 400 Veranstaltungen im Land übernahm, stellen Beate Dörr, Mareike Bahn und Corinna Schneider vor, die deutlich machen, dass die Vernachlässigung der Untersuchung der weiblichen Beteiligung am politischen Geschehen bis in die 1970er Jahre hinein bis heute nachwirkt und bei vielen Projekten in der Vorbereitung zu großen Schwierigkeiten führte.

Welcher Tummelplatz für Historiker sich in der Erforschung von Kommunalpolitikerinnen seit 1919 auftut, zeigt Lea Schneider mit ihrer Auswertung der von Sabine Holtz initiierten Umfrage in Baden-Württemberg „Frauen in der Kommunalpolitik. Gemeinderätinnen in der Zeit von 1919 bis 1960“ eindrücklich auf. Die Wege von Frauen in die Politik, ihre Herkunft, ihre Ziele und die dahingehenden Veränderungen seit den 1950er Jahren nimmt das Oral-History Projekt von Gabriele Pieri in den Blick. Das letzte vorgestellte, noch laufende Vorhaben ist die von Christine Eiche betreute Homepage www.ohne-unterschied.de. Die Plattform stellt ein Mitmach-Projekt des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg dar. Frauen in der Kommunalpolitik werden dazu aufgerufen, über ihre Erfahrungen und

Beweggründe zu berichten. Gleichzeitig können jedoch auch Beiträge, die auf Archivrecherchen oder auf Interviews basieren, von Dritten verfasst und eingestellt werden. Die Homepage kann dazu beitragen, die blinden Flecken im Bereich der Forschung zur politischen Beteiligung von Frauen im deutschen Südwesten, die bei den ebenfalls vorgestellten Veranstaltungen zum Frauenwahlrecht immer wieder angemahnt werden, zu füllen.

Der vorliegende Sammelband setzt sich mit einem bundesweiten Forschungsdesiderat auseinander und bringt vor allem auch dank der unterschiedlichen Perspektiven und Herangehensweisen ein erstes Licht in die Geschichte des Frauenwahlrechts auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg. Gleichzeitig wird betont, welche Lücken von der Forschung noch zu schließen sind und welches Potenzial das Thema birgt. Gemeinsam mit den vorgestellten Projekten stellen die Beiträge eine Aufforderung zu weiterer Auseinandersetzung mit der Geschichte der politischen Beteiligung von Frauen im deutschen Südwesten dar.

Nina Fehlren-Weiss

Julia Noah MUNIER, Lebenswelten und Verfolgungsschicksale homosexueller Männer in Baden und Württemberg im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Kohlhammer 2021. 458 S. mit 105 Abb. ISBN 978-3-17-037753-0. Kart. € 59,-

Nach einem ausführlichen Überblick über die Forschung zur Homosexualität und zu anderen abweichenden Formen der Sexualität und einer breit angelegten theoretischen Erörterung des historisch-praxeologischen Ansatzes untersucht der hier zu besprechende Band in drei chronologisch angeordneten Großkapiteln die Lage homosexueller Männer in Baden und Württemberg in der Weimarer Zeit, in der NS-Zeit und in der Nachkriegszeit bis zum Ende der Strafbarkeit der Homosexualität 1969.

Im Kapitel über die Weimarer Zeit wird betont, dass die Berliner Verhältnisse mit der dort lebhaften Schwulenszene nicht 1:1 auf die südwestdeutschen Länder übertragen werden können, die in Baden durch katholische, in Württemberg durch pietistische Rahmenbedingungen bestimmt gewesen seien. Obwohl reichsrechtlich keine Filmzensur mehr bestand, gab es 1920 in Baden und Württemberg heftige Auseinandersetzungen um Filme zur Sexualaufklärung und zur Homosexuellenthematik, deren Aufführung unterbunden wurde. Immerhin gab es gedruckte „Reiseführer“ für Schwule, die so Anlaufstellen auch im Südwesten finden konnten, und das „wissenschaftlich-humanitäre Komitee“ mit seinem württembergischen Obmann Dr. med. Doederlein wirkte auch hier. Entsprechend war in Baden der „Sexual-Psychologe“ August Fleischmann aktiv. In „Freundschaftsbünden“, namentlich dem „Bund für Menschenrecht“, und in eigenen Zeitschriften begann sich die Schwulenszene zu organisieren, immer bedroht von strafrechtlicher Verfolgung. Speziell zur Weimarer Zeit decken sich die Beobachtungen zur sexualrepressiven Grundtendenz nicht mit den Befunden verschiedener Lokalstudien, die die im Vergleich zum Kaiserreich offene Sexualdiskussion (die freilich nicht für Homosexuelle galt) in den Medien, in Vorträgen und sogar in den Kirchen betonen.

Dass in der NS-Zeit Homosexuelle einer gegenüber der Weimarer Zeit verschärften Repression ausgesetzt waren, verwundert kaum und wird ausführlich dargestellt. Es wird gezeigt, dass um 1932/34 angesichts der allgemein bekannten Homosexualität von Ernst Röhm und anderer SA-Führer die Erwartung herrschte, dass die NS-Bewegung nicht gegen die Homosexuellen eingestellt war. Die Nicht-NS-Parteien versuchten, solange es sie gab, ständig aus der „Widernatürlichkeit“ der einschlägigen NS-Prominenten Kapital zu schla-